



Ina Latendorf, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages
Agrarpolitische Sprecherin der Gruppe
Die Linke im Bundestag

Pressemitteilung

Arm trotz Arbeit – Mecklenburg-Vorpommern schneidet im Paritätischen Armutsbericht nicht gut ab

Berlin, 27.03.2024

Ina Latendorf, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

Funktionen:

Agrarpolitische Sprecherin der
Gruppe Die Linke

Mitglied im Ausschuss für Ernährung
und Landwirtschaft

Mitglied im Ausschuss für Tourismus

Wahlkreisbüro

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat seinen neuen Armutsbericht vorgelegt. Bei der Armutsquote liegt Mecklenburg-Vorpommern auf Platz elf, denn 18,8 Prozent aller Einwohner des Landes gelten immer noch als arm. Im Bundesschnitt sind es 16,8 Prozent, in Ostdeutschland 17,2 Prozent.

Die Bundestagsabgeordnete der Gruppe Die Linke aus Mecklenburg-Vorpommern, Ina Latendorf: „Mir bereitet diese hohe Zahl große Sorge. Obwohl sich die Zahl der Bezieher von Sozialleistungen wie Hartz IV bzw. Bürgergeld im Land mehr als halbiert hat, ist die Armutsquote nur geringfügig gesunken und nach wie vor viel zu hoch. Das belegt für mich zwei Dinge: Erstens, dass es falsch war, lange Zeit nichts gegen Niedriglohn zu tun und das Lohnniveau in unserem Bundesland von Vorgängerregierungen auf dem Rücken der Betroffenen als Standortvorteil zu betrachten und zweitens, dass damit das neoliberale Mantra „sozial ist, was Arbeit schafft“, endgültig ausgedient hat.“

Ina Latendorf weiter: „Ich sehe und höre immer wieder, wenn ich im Land unterwegs bin: viele Menschen in MV haben viel zu wenig Geld in der Tasche und gelten damit als arm – trotz Arbeit. Wir brauchen endlich eine Mindestlohnerhöhung, wie von meiner Partei Die Linke und Wohlfahrtsverbänden gefordert auf 15 Euro, bei denen man nicht stehen bleiben darf. Wir brauchen mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge, eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Beschäftigungstag und ein Ende von Leiharbeit. Mecklenburg-Vorpommern muss dem Status als Niedriglohnland entkommen. Die Rahmenbedingungen hierzu muss der Bund schaffen.“